

Giorgio Behr argumentiert, die Emissionsabgabe treffe auch innovative Start-ups und damit die Falschen.

BILD: MELANIE DUCHENE

Vermögenssteuer kennt. Ein Unternehmer, der seine Firma stärkt und wertvoller macht, indem er beispielsweise keine Dividenden für sich herausnimmt, wird vom Staat bestraft. Bei der Emissionsabgabe verhält es sich ebenso. Man wird bestraft, wenn man etwas Sinnvolles tut, das auch der Allgemeinheit zugutekommt – in Form von Arbeitsplätzen zum Beispiel.

Badran: Jede Steuer bestraft jemanden. Und würde man mich zwingen, eine von allen kapitalbasierten Steuern abzuschaffen, wäre es vermutlich die Emissionsabgabe. Aber sie ist volkswirtschaftlich unbedeutend. Wenn hingegen eine alleinerziehende Mutter eine Packung Windeln kauft, verdient der Staat 7,7 Prozent Mehrwertsteuer. Als Politikerin bekümmert mich das viel eher als die einprozentige Emissionsabgabe. Und zudem: Bei uns zahlt man als einziges Land keine Kapitalgewinnsteuer, was gerade Investitionen in Start-ups attraktiv macht und die Emissionsabgabe mehr als kompensiert.

Behr: Wir sind uns einig, die Mehrwertsteuer belastet vor allem die Menschen mit tiefem Einkommen. Doch warum führen wir nicht einen Einheitssatz von sechs Prozent ein, wie das viele Wirtschaftsvertreter vorschlagen? Das würde gerade bei den unteren Einkommensklassen helfen. Ausserdem möchte ich meinen Standpunkt klarstellen: Ich sage nicht, dass die Schweiz boomt, wenn die Emissionsabgabe fällt. Ich finde aber, dass diese Steuer die Falschen trifft – kleine, innovative Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen. Deshalb sollte sie gestrichen werden, auch wenn es schon mehrere Unternehmenssteuerreformen gab.

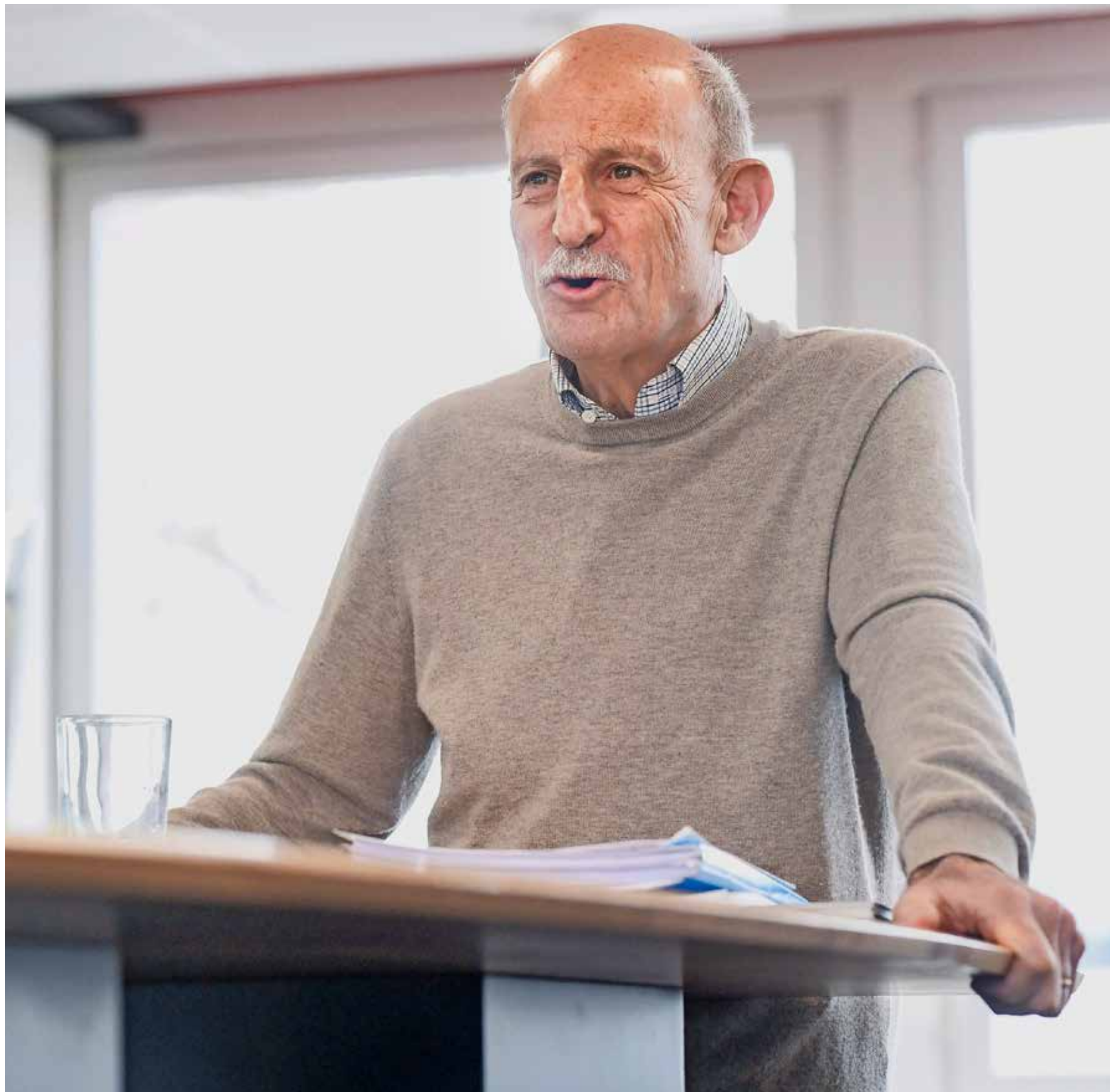
Bald kommt die OECD-Mindeststeuer. Ab 2024 sollen grosse, internationale Konzerne weltweit mit mindestens 15 Prozent besteuert werden. Wie sinnvoll ist nun die Abschaffung der Emissionsabgabe, die ja eine Sondersteuer ist?

Behr: Sondersteuern wie die Emissionsabgabe, die keinen Sinn machen, sollte man abschaffen. Bei der OECD-Mindeststeuer sollte man genau hinschauen. Es gibt Länder, in denen Investitionen zu 150 Prozent und Forschungs- und Entwicklungskosten zu 300 Prozent von den Steuern abgezogen werden. Dahin geht die Entwicklung.

Im Vergleich zu solch hohen Abzügen kann man mit der Streichung der Emissionsabgabe doch aber nur sehr wenig bewirken.

Behr: Die Schweiz hat ihre Möglichkeiten bei den Abzügen noch gar nicht ausgeschöpft. Aber es gibt wohl wenige Konzerne mit einem Ertragssteuersatz weltweit von weniger als 15 Prozent. Deswegen sollten wir gelassen auf die OECD-Steuerreform blicken.

Badran: Finanzminister Ueli Maurer sagt, man müsse wegen der OECD-Mindestbesteuerung die Emissionsabgabe erst recht abschaffen. Aber die Mindeststeuer betrifft nur Firmen mit mehr als 750 Millionen Euro Umsatz. Da reden wir von Nestlé, Novartis, UBS und anderen. Doch diese Firmen kaufen seit Langem im grossen Stil Aktien zurück. Sie bezahlen definitiv keine Emissionsabgabe. Sie abzuschaffen ist keine Kompensation für die Mindestbesteuerung. Ausserdem haben wir mit der Steuer-AHV-Reform von 2019 Abzüge



für Forschung und Entwicklung bereits eingeführt.

Aber es ist doch richtig, dass man laufend an einem Wirtschaftsstandort arbeitet und die Steuerlast möglichst gering hält. Die Emissionsabgabe wäre ein Beitrag.

Behr: Das war nicht mein Argument. Die Dimension einer Emissionsabgabe ist zu klein, um im Steuerwettbewerb etwas zu bewirken. Doch es spricht eben auch nichts dagegen, sie abzuschaffen.

Badran: Immer mehr wird die Last vom Kapital weg und hin zur arbeitenden Bevölkerung verschoben. Diesen Trend müssen wir stoppen. Deshalb ist die OECD-Steuerreform eigentlich ein Segen. Denn sie nimmt die grossen Konzerne in die Pflicht und schafft gleich lange Spiesse für alle Steuerstandorte.

Behr: Ich spreche aus der Perspektive des Kantons Schaffhausen, der aufgrund der starken Unternehmen, die alle Steuern bezahlt haben, wieder ins Plus gekommen ist. Auch deshalb sollte man das Unternehmertum fördern, also die Steuerlast gering halten.

Badran: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in Sozialromantik aufgehen. Ich höre immer wieder, dass Firmen sich nach den Erwartungen des Kapitalmarktes richten müssen. Und wir glauben tatsächlich noch an einen unabhängigen Industriestandort! Im Übrigen gibt es ein Papier aus dem Eidgenössischen Finanzdepartement. Darin steht schwarz auf weiss: «Vorwiegend werden Einkommen und Konsum besteuert.» Das werde ich

nicht zulassen, solange ich in diesem Land politisiere.

Damit klingt der Vorwurf an, dass Kapital in der Schweiz unterbesteuert wird.

Behr: Es geht jetzt einzig um die Emissionsabgabe. Ob Kapital mehr oder weniger belastet wird, ist gar nicht die Frage.

Geht es nicht doch darum, wie strapazierfähig der soziale Friede in der Schweiz ist? Ein 20-jähriger Schaffhauser erzählte mir vor Kurzem, dass er nicht wisse, wie er einmal eine Familie durchbringen könne – so ungerecht empfindet er das Schweizer Steuersystem.

Behr: Was macht denn dieser junge Mann? Solange er nicht mehr als 60'000 bis 70'000 Franken brutto verdient, ist die Besteuerung gerade in Schaffhausen gering. Ausserdem wird er kaum oder gar keine direkte Bundessteuer bezahlen. Wo also liegt das Problem?

Badran: Vielleicht bezahlt er keine direkte Bundessteuer, mag sein. Aber dieser junge Mann kauft sich über Mittag ein Paar Socken, geht abends noch einkaufen und jedes Mal bezahlt er Mehrwertsteuer. Den lieben langen Tag wird er besteuert.

Bezahlen müssen werden wir alle auch die Schulden aus der Coronakrise. Finanzminister Ueli Maurer spricht von 32 Milliarden Franken.

Behr: Geld zum Schuldenbegleichen kann man immer beschaffen – beispielsweise, indem man weniger ausgibt, was beim Staat ziemlich einfach wäre. Oder man handhabt die Schuldenbremse grosszügiger. Ausserdem kann man nun das Argument der Gegner nehmen und fragen, was denn schon

250 Millionen bei einem Schuldenberg von 32 Milliarden ausmachen. Ich bin sicher, wir finden auch ohne Emissionsabgabe einen Weg, die Coronaschulden abzubauen. Ausserdem steht die Schweiz finanzpolitisch noch immer sehr gut da.

Trotzdem wären es 250 Millionen, die man jedes Jahr weiterhin in der Kasse hätte.

Behr: Alternativ könnte man beim Bund auch Stellen sparen. Je grösser die Verwaltung, desto grösser der Kommunikationsbedarf und desto teurer wird der Staatsapparat. Grösse bringt einfach nur Mehrkosten.

Badran: Die Personalkosten beim Bund sind seit Jahren konstant bei 8,3 Prozent und damit der geringste Kostenfaktor. Diese 250 Millionen darf man nicht isoliert betrachten. Wir haben schon die Industriezölle aufgehoben und die Abschaffung der Verrechnungssteuer beschlossen. Dann aber brauchen wir jährlich zwei Milliarden Franken, um in einer vernünftigen Zeit die Coronaschulden abzubauen. Das geht insgesamt nicht auf.

Behr: Die Vorlage, über die wir am 13. Februar abstimmen, hat eine jahrelange Vorgeschichte. Deswegen kann man nicht den Vorwurf erheben, man senke ausgerechnet während der Coronakrise im falschen Moment die Steuern. Das Timing ist kein Argument. Ausserdem bleiben die Umsatzabgabe und die Stempelsteuer auf Versicherungsprämien bestehen. Sie bringen Steuereinnahmen in Höhe von 2,2 Milliarden jedes Jahr.

Badran: Dafür stehen grosse Infrastrukturvorhaben an. Ich denke vor allem daran, dass wir unsere Stromversorgung sichern müssen.

Giorgio Behr

Der 73-Jährige ist Inhaber und Verwaltungsratspräsident der Behr Bircher Cellpack BBC Gruppe. Ebenso steht er der Industrie- und Wirtschaftsvereinigung Schaffhausen vor. Bis 2005 war er Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. Behr ist ausserdem Vorstandsvorsitzender des Handballvereins Kadetten Schaffhausen.